

Pressemitteilung

„China setzt auf die islamische Karte“

Studie zum Umgang der Volksrepublik mit der muslimischen Minderheit – Bevorzugung von Muslimen aus wirtschaftlichem Kalkül gegenüber arabischen Investoren

Münster, 17. Mai 2016 (exc) Zur Anwerbung von Investoren aus arabischen Ländern präsentiert sich die Volksrepublik China nach einer Studie aus dem Exzellenzcluster „Religion und Politik“ gezielt islamfreundlich. „Der chinesische Staat fördert in ausgewählten Regionen das ‚Label Islam‘, um damit die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu arabischen Ländern zu verbessern, vor allem zu Erdöl exportierenden Staaten“, erläutert die Islamwissenschaftlerin und Sinologin Dr. Frauke Drewes. Gegenüber potentiellen muslimischen Investoren werde der Islam als Gemeinsamkeit herausgestellt. „Das kommunistische China unterstützt besonders die muslimische Minderheit der Hui-Chinesen, um das Image als ‚Land der Ungläubigen‘ abzulegen“, so die Autorin der Dissertationsstudie „Orientalisiert – Kriminalisiert – Propagiert?“ aus dem Ergon Verlag. Drewes untersucht darin die komplexen Beziehungen zwischen der Minderheit der 20 Millionen Muslime in China sowie Staat und Mehrheitsgesellschaft.

Die Untersuchung, die unter der Leitung des Islamwissenschaftlers Prof. Dr. Thomas Bauer in der Graduiertenschule des Exzellenzclusters entstand, schließt eine Forschungslücke, da der Islam in China bisher islamwissenschaftlich und sinologisch kaum erforscht ist. Drewes führte für die Studie qualitative Interviews mit Muslimen und Nicht-Muslimen in Deutschland, China und Ägypten. Außerdem analysierte sie die Online-Ausgaben der chinesischen Tageszeitung „Renmin ribao“ („Volkszeitung“), dem offiziellen Organ der Kommunistischen Partei Chinas, aus den Jahren 2003 bis 2011.

Islam-Politik Chinas nicht einheitlich – Uiguren stark benachteiligt

Die Untersuchungen ergaben, dass die Islam-Politik des chinesischen Staates keineswegs einheitlich ist: „Während die muslimische Gruppe der meist chinesischsprachigen Hui aus rein wirtschaftlichem Kalkül bevorzugt wird, werden die turkischsprachigen Uiguren, die nicht chinesisch-stämmig sind, aber ebenfalls muslimisch, massiv benachteiligt“, so Drewes. „Einerseits wird die Provinz Ningxia, in der die Hui-Chinesen leben, gegenüber internationalen Partnern als ‚muslimische Region‘ vermarktet und zum Ausgangspunkt für den Handel mit arabischen Staaten gemacht. Andererseits werden die Uiguren in Xinjiang kriminalisiert und in der Ausübung der Religion behindert, etwa bei Pilgerfahrten nach Mekka und Medina.“ So sei in Xinjiang ein Kreislauf aus Protesten und Repression entstanden – aus Angst des Staates vor Extremismus und Separatismus, die das Land destabilisieren könnten.

Der Widerspruch im staatlichen Umgang mit den beiden Gruppen findet sich in der Haltung der Mehrheitsbevölkerung der Han-Chinesen wieder, wie die Befragungen ergaben. „Dass die Hui-Chinesen und die Uiguren gleichermaßen muslimisch geprägt sind, schützt letztere nicht vor Diskriminierungen.“ Ausschließlich die Hui dienen China in internationalen Kontakten dazu, das Wohlergehen der Muslime im eigenen Land und die Religionsfreiheit herauszustellen, um sich als Freund der Muslime weltweit zu zeigen.

Die Strategie, in internationalen Beziehungen die „islamische Karte“ zu spielen, geht der Studie zufolge auf. „Investoren, Handelspartner und Ölexportureure aus islamischen Staaten lassen sich auf die Show ein und besuchen ‚islamische Projekte‘ in der Vorzeigeregion Ningxia“, so die Sinologin. „Hier entstehen gigantische Projekte: eine komplette ‚islamische Stadt‘ sowie für muslimische Länder interessante Wirtschaftszweige, wie der Handel mit halal-Lebensmitteln oder mit islamischen Gebrauchsgegenständen“. Selbst die Olympischen Spiele 2008 seien genutzt worden, um das Bild des Muslim-freundlichen Chinas zu propagieren.

Ungewolltes Ergebnis: Religiosität wächst

„Ein ungewolltes Ergebnis dieser politisch und wirtschaftlich motivierten Aktivitäten ist das wachsende Interesse am Islam in der Region und eine ansteigende Religiosität“, erläutert die Autorin. „Das geht nicht nur auf die staatliche Unterstützung des Islams zurück, sondern auch darauf, dass neue arabische Geschäftspartner nicht selten Spenden für religiöse Einrichtungen mitbringen, etwa für Moscheen. China nimmt diesen Kontrollverlust angesichts der wirtschaftlichen und politischen Vorteile in Kauf.“

Die Studie mit dem Untertitel „Die Position von Muslimen in Gesellschaft und Politik der Volksrepublik China heute“ ist in der Ergon-Reihe „Religion und Politik“ erschienen, die der Exzellenzcluster herausgibt. Die Autorin verknüpft mit der Befragung von Muslimen und Nicht-Muslimen sowie der Analyse staatlicher Medien die Insider-Perspektiven verschiedener Mehrheits- und Minderheitengruppen mit der politisch beeinflussten Mediendarstellung. Diese sei oftmals von einer „islam-freundlichen Rhetorik“ geprägt. „Die ‚Volkszeitung‘ in China vermeidet regelrecht, den Islam oder Muslime mit dem Terrorismus oder anderen negativ besetzten Begriffen in Verbindung zu bringen.“

Frauke Drewes war von April 2010 bis Januar 2014 Doktorandin an der Graduiertenschule des Exzellenzclusters „Religion und Politik“. Seit November 2015 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK). (mit/ska/vvm)

Hinweis: Drewes, Frauke: Orientalisiert – Kriminalisiert – Propagiert? Die Position von Muslimen in Gesellschaft und Politik der Volksrepublik China heute (Religion und Politik, Bd. 12), Würzburg: Ergon-Verlag 2016, 423 Seiten, ISBN 978-3-95650-138-8, 65,00 Euro.

Bildhinweis: Dr. Frauke Drewes (Foto: Studioline Photography Hannover), Buchcover (Ergon Verlag)

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung

2. Überblick über die historische Entwicklung des Islam in China und die heutigen muslimisch geprägten Minderheiten

3. Orientalisiert? – Muslime als „Die Anderen“

3.1 Politische Rahmenbedingungen für das Leben der Muslime in China

3.2 Von assimiliert bis verfolgt: Muslimische Wahrnehmungen der eigenen Position

3.3 „Sie sind genau wie wir“: Mehrheitsgesellschaftliche Wahrnehmungen über Muslime

3.4 Romantisch und vorbildlich: Darstellungen einer Tageszeitung

3.5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen: Einheit der *minzu*?

4. Kriminalisiert? – Der Islam und Muslime in Xinjiang

4.1 Separatismus, Extremismus, Terrorismus: Die „drei Kräfte“ in Xinjiang

4.2 Das Recht auf Menschlichkeit: Darstellungen aus uigurischer Sicht

4.3 Alles in Ordnung: Beschreibungen einer Tageszeitung

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen: Kriminalisierung statt Harmonisierung

5. Propagiert? – Instrumentalisierung des Islam für außenpolitische und wirtschaftliche Zwecke

5.1 Die „islamische Karte“ in Chinas internationalen Beziehungen

5.2 Muslimische Wahrnehmungen des Islam im internationalen Kontext

5.3 Zeitungsberichte zu grenzüberschreitenden Rollen des Islam

5.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen: Ein Land, zwei Systeme

6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen: Liebe das Land, liebe die Religion

Kontakt:

Sarah Batelka

Zentrum für Wissenschaftskommunikation
des Exzellenzclusters „Religion und Politik“

Johannisstraße 1

48143 Münster

Tel.: 0251/83-23376

Fax: 0251/83-23246

religionundpolitik@uni-muenster.de

www.religion-und-politik.de

Wenn Sie Pressemitteilungen des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ nicht beziehen wollen, mailen Sie bitte an religionundpolitik@uni-muenster.de

Der Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der WWU Münster

Im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) forschen rund 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus mehr als 20 geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern und 14 Nationen. Sie untersuchen das komplexe Verhältnis von Religion und Politik quer durch die Epochen und Kulturen: von der

antiken Götterwelt über Judentum, Christentum und Islam in Mittelalter und früher Neuzeit bis hin zur heutigen Situation in Europa, Amerika, Asien und Afrika. Es ist der bundesweit größte Forschungsverbund dieser Art und von den 43 Exzellenzclustern in Deutschland der einzige zum Thema Religion. Bund und Länder fördern das Vorhaben in der zweiten Förderphase der Exzellenzinitiative von 2012 bis 2017 mit 33,7 Millionen Euro.